

Presseinformation

Potsdam, 6. November 2007

Die Bundesregierung will den Anteil des Bundes an den Kosten der Unterkunft von Arbeitslosengeld-II-Empfängern ab 2008 von derzeit 31,2 auf 28,6 Prozent zu Lasten der Kommunen zu senken. Dazu erklärt die wohnungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg, **Helga Böhnisch**:

KdU-Bundesanteil darf nicht zu Lasten der Kommunengesekt werden – eine Erhöhung ist geboten

Mit der geplanten Senkung des Bundesanteils an den Kosten der Unterkunft von Arbeitslosengeld-II-Empfängern will die Bundesregierung wiederholt Kosten in unzulässiger Weise auf die Kommunen abwälzen. Die Argumentation der Bundesregierung, wonach mit einem leichten Rückgang der Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaften auch die Kosten der Unterkunft zurückgehen, wird von der Praxis widerlegt. Nach Angaben des Landkreistages Brandenburg belaufen sich die Gesamtkosten für Unterkunft und Heizung der brandenburgischen Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaften in diesem Jahr auf ca. 476 Millionen Euro. Entsprechend des Bundesanteils von 31,2 Prozent erhalten die Kommunen eine Erstattung in Höhe von 149 Millionen Euro.

Eine Reduzierung des Bundesanteils auf 28,6 Prozent würde für die Landkreise bedeuten, dass sie ab 2008 insgesamt mit zwölf Millionen Euro weniger aus zu kommen hätten.

Um die tatsächliche Preisentwicklung der Unterkunfts- und Heizkosten auszugleichen, wäre nach Einschätzung des Landkreistages Brandenburg eine Erhöhung der Bundesbeteiligung um ca. 28 Millionen Euro nötig. Sollte die Bundesregierung ihre Pläne umsetzen, wären die Landkreise im Jahr 2008 demzufolge mit einer Finanzierungslücke in Höhe von 40 Millionen Euro konfrontiert. Das ist nicht hinnehmbar.

Deshalb fordert die Linksfraktion die Landesregierung Brandenburg auf, sich gegenüber der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass der Bundesanteil an den Unterkunftskosten nicht wie geplant reduziert wird. Die Brandenburger Kommunen dürfen durch die verfehlte Hartz-IV-Reform nicht weiter belastet werden. Dazu wird die Fraktion DIE LINKE am 14./15. November einen Antrag in den Landtag einbringen.

DIE LINKE Fraktion
im Landtag Brandenburg
Am Havelblick 8
14473 Potsdam
Pressesprecherin:
Alexa Lamberz
Telefon: 03 31 / 9 66 15 37
Telefax: 03 31 / 9 66 15 40
E-Mail: pressestelle@
dielinke-fraktion.brandenburg.de